

Antrag

**der Abg. Hans Dieter Scheerer und
Alena Fink-Trauschel u. a. FDP/DVP**

und

Stellungnahme

des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus

Was ist, wenn China Taiwan angreift? Die wirtschaftlichen Konsequenzen eines Krieges in Ostasien für Baden-Württemberg

Antrag

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen
zu berichten,

1. welche Auswirkungen auf die Unternehmen in Baden-Württemberg die wirtschaftlichen Konsequenzen und Sanktionen aufgrund des Ukraine-Russland-Krieges hatten, insbesondere hinsichtlich
 - a) Enteignungen von baden-württembergischen Unternehmen in Russland;
 - b) Verkauf von Unternehmen/Unternehmensteilen/Produktionsstätten bzw. Niederlassungen von Unternehmen aus Baden-Württemberg in Russland, insbesondere unterhalb des eigentlichen Werts;
 - c) Wegfall eines Absatz-, insbesondere auch Exportmarkts;
 - d) Wegfall von Importen;
2. inwiefern sie retrospektivisch der Ansicht ist, dass eine bessere Vorbereitung die Konsequenzen davon für die baden-württembergische Wirtschaft hätte abmildern können;
3. welche Analysen und Lehren sie daraus für andere Länder zieht, bei denen aufgrund politisch-strategischer Gegebenheiten ähnliche Entwicklungen, insbesondere aber Enteignungen und ein vollständiger Einbruch des Handels, drohen könnten;
4. für wie wahrscheinlich sie es hält, dass die Volksrepublik China in den kommenden Jahren eine militärische Zwangsvereinigung mit Taiwan in Form eines Angriffskriegs durchführt;

5. inwiefern sich die Landesregierung gegenüber der Bundesregierung oder der Europäischen Kommission einbringen würde, wenn es um mögliche Reaktionen auf einen solchen Krieg geht und dort die Interessen und Bedarfe Baden-Württembergs darstellt bzw. welche Meinung sie vertreten würde, wenn sie direkt konsultiert werden würde;
6. für wie wahrscheinlich sie es hält, dass es als Reaktion darauf zu einem Erliegen oder zumindest massiver Einschränkung des Handels zwischen Baden-Württemberg und China sowie der (Zwangs-)Enteignung baden-württembergischer Firmen in China kommt;
7. welche Konsequenzen dies für die Wirtschaft in Baden-Württemberg hätte, beispielsweise hinsichtlich des Wirtschaftswachstums, Steuereinnahmen, Arbeitsplätzen, etc.;
8. welche Auswirkungen der Wegfall von Exporten von Taiwan nach Europa und insbesondere nach Baden-Württemberg aufgrund eines Krieges oder einer Blockade der Insel für die Wirtschaft in Baden-Württemberg hätte;
9. inwiefern sie Möglichkeiten sieht, die globalen Auswirkungen eines Krieges in Ostasien – denkbar erscheint hier ein totaler Zusammenbruch der Lieferketten, Einsatz von Ressourcenlieferungen wie Rohstoffe als strategisches Instrument, Umleitungen von Ressourcen in die Kriegsproduktion, Einschränkung des globalen Personen- und Warenverkehrs, etc. – und dessen Auswirkungen auf Baden-Württemberg auch nur ansatzweise kompensieren zu können;
10. inwiefern sie bereits heute Maßnahmen, insbesondere auch gegenüber den Unternehmen in Baden-Württemberg ergreift, um sich und die Unternehmen auf ein solches Szenario der Ziffern 4, 6, 8 und 9 vorzubereiten;
11. inwiefern sie bereit wäre, im Falle eines solches Szenario der Ziffern 4, 6, 8 und 9 die Unternehmen mit (finanziellen) Förderungen zu unterstützen;
12. inwiefern sie die Kernaussagen der China-Strategie des Bundes (unter anderem Klassifizierung von China auch als strategischen Rivalen, Ziel der Schaffung fairer Wettbewerbsbedingungen [level-playing field] für deutsche Unternehmen in China, Erhöhung der ökonomischen Resilienz und Diversifizierung der Wirtschaftsbeziehungen, Re-Risking) teilt und welche Konsequenzen sie daraus für ihr eigenes Handeln sowie für die Unternehmen in Baden-Württemberg zieht;
13. was die (bisherigen) Ergebnisse der Arbeitsgruppe zu den Leitlinien für eine Zusammenarbeit mit der Asien-Pazifik-Region sowie den bisher dazu durchgeführten Workshops sind;
14. wann endlich mit welchen Inhalten die angekündigte Ostasien-Strategie der Landesregierung veröffentlicht werden wird;
15. inwiefern die angekündigte Ostasien-Strategie der Landesregierung Analysen (bspw. ein Stress-Test zu den Auswirkungen eines Handelseinbruchs mit China und/oder Taiwan auf Baden-Württemberg), Hinweise oder Maßnahmen enthält, die Baden-Württemberg auf einen möglichen Krieg in Ostasien vorbereiten.

14.11.2024

Scheerer, Fink-Trauschel, Reith, Dr. Schweickert,
Birnstock, Bonath, Brauer, Fischer, Haußmann,
Heitlinger, Dr. Jung, Karrais, Dr. Rülke FDP/DVP

Begründung

Baden-Württemberg und die Volksrepublik China sind wirtschaftlich eng miteinander vernetzt. Dies hat die Drucksache 17/1477, „Wirtschaftliche Verflechtung von Baden-Württemberg mit der Volksrepublik China“ sehr gut herausgearbeitet. Welche Auswirkungen eine Verschlechterung dieser wirtschaftlichen Verflechtung, insbesondere Erschwernisse des Handels, haben können, hat wiederum die Drucksache 17/7337, „Die Auswirkungen eines europäisch-chinesischen Handelskonflikts auf den baden-württembergischen Automobilstandort“ herausgearbeitet.

Nach Meinung der Antragsteller sind die aktuell vorhandenen Zölle im Bereich Automobilwirtschaft aber in keiner Weise vergleichbar mit einem drohenden vollständigen Zusammenbruch der wirtschaftlichen Beziehungen im Falle eines Krieges zwischen China und Taiwan, was die Antragsteller durchaus für eine realistische Möglichkeit halten. Es gilt daher bereits heute, Baden-Württemberg und seine Unternehmen auf eine solche Situation vorzubereiten.

Stellungnahme

Mit Schreiben vom 10. Dezember 2024 Nr. D65374/2024 nimmt das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus im Einvernehmen mit dem Staatsministerium zu dem Antrag wie folgt Stellung:

*Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen
zu berichten,*

1. welche Auswirkungen auf die Unternehmen in Baden-Württemberg die wirtschaftlichen Konsequenzen und Sanktionen aufgrund des Ukraine-Russland-Krieges hatten, insbesondere hinsichtlich

- a) Enteignungen von baden-württembergischen Unternehmen in Russland;*
- b) Verkauf von Unternehmen/Unternehmensteilen/Produktionsstätten bzw. Niederlassungen von Unternehmen aus Baden-Württemberg in Russland, insbesondere unterhalb des eigentlichen Werts;*
- c) Wegfall eines Absatz-, insbesondere auch Exportmarkts;*
- d) Wegfall von Importen;*

Zu 1.:

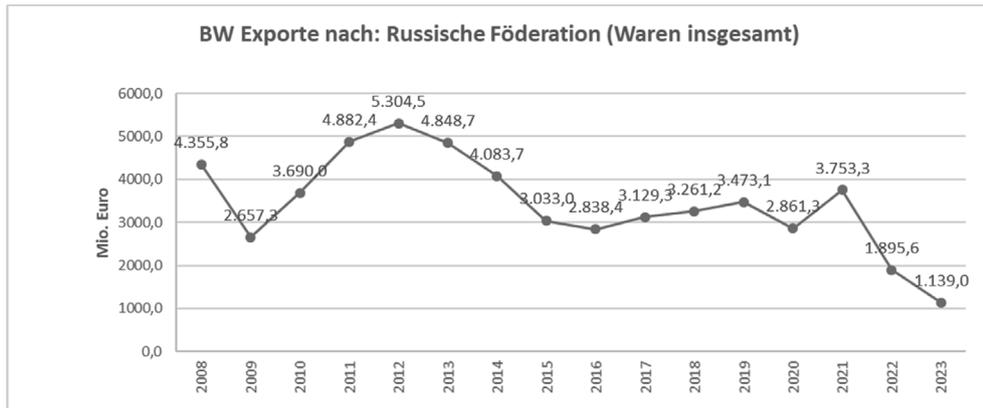
Zu 1a) und 1b)

Zu den Ziffern 1a) und 1b) wird aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam Stellung genommen. Dem Land Baden-Württemberg liegen keine belastbaren Angaben von Unternehmen aus Baden-Württemberg vor, die nach dem Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine enteignet wurden oder Unternehmen/Unternehmensteile/Produktionsstätten bzw. Niederlassungen von Unternehmen unterhalb des eigentlichen Werts veräußert haben.

Zu 1c)

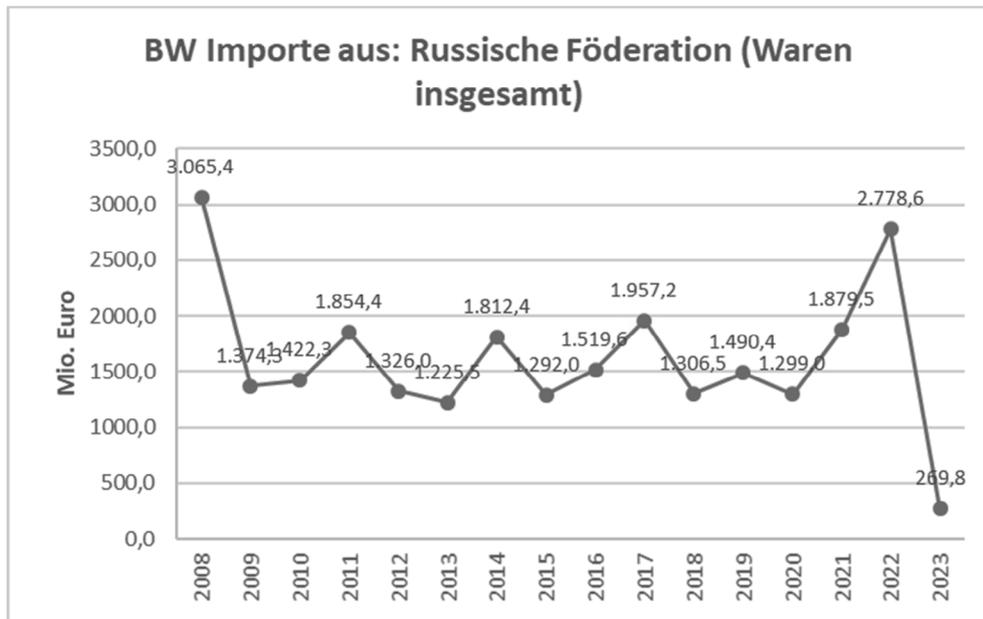
Die Exporte aus Baden-Württemberg nach Russland sind in der Folge des völkerrechtswidrigen Angriffs auf die Ukraine um mehr als zwei Drittel zurückgegangen.

Für baden-württembergische Unternehmen, deren Fokus auf dem Warenhandel mit Russland liegt oder lag, stellt das eine große unternehmerische Herausforderung dar.



Zu 1d)

Der Blick auf die Statistik zeigt, dass die Importe aus Russland nur noch ein Zehntel des Volumens betragen wie vor dem Angriffskrieg auf die Ukraine. Entsprechend mussten die Unternehmen neue Lieferketten aufbauen und/oder bestehende Lieferketten neu bewerten.



2. inwiefern sie retrospectiv der Ansicht ist, dass eine bessere Vorbereitung die Konsequenzen davon für die baden-württembergische Wirtschaft hätte abmildern können;

Zu 2.:

Kontrafaktische Überlegungen sind für die Landesregierung nicht handlungsleitend, vielmehr stellt sich die Landesregierung in ihrem aktiven Handeln zu jedem Zeitpunkt auf aktuelle Situationen ein und bereitet sich entsprechend vor. So wurde z. B. im Zuge der Coronapandemie gemeinsam mit der Industrie- und Handelskammer Region Stuttgart eine Kontaktstelle Lieferketten eingerichtet, die dann auch im Zuge des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine genutzt werden konnte.

3. welche Analysen und Lehren sie daraus für andere Länder zieht, bei denen aufgrund politisch-strategischer Gegebenheiten ähnliche Entwicklungen, insbesondere aber Enteignungen und ein vollständiger Einbruch des Handels, drohen könnten;

Zu 3.:

Die Landesregierung spricht sich im Rahmen ihrer Außenwirtschaftspolitik und -förderung grundsätzlich seit langem für eine Diversifizierung von Absatz- und Beschaffungsmärkten aus und setzt dies in ihren Maßnahmen wie dem Außenwirtschaftsförderprogramm oder bei der Internationalisierung von Clustern oder Start-up-Unternehmen konsequent um. Schon jetzt hat die Handelspolitik der Europäischen Union mit dem Abschluss multi- und bilateraler Handelsabkommen sowie dem Abschluss von Energie- und Rohstoffpartnerschaften auf europäischer und nationaler Ebene einen Rahmen für Diversifizierungsbemühungen der Unternehmen geschaffen. Die Konsequente Stärkung des EU-Binnenmarktes und eine engere Zusammenarbeit mit strategischen Zielmärkten im Asien-Pazifik-Raum, in Mittel- und Südamerika sowie auf dem afrikanischen Kontinent und in den Golfstaaten sind weitere wesentliche Aspekte, um die baden-württembergische Wirtschaft resilienter aufzustellen. Auch die Wirtschaftsrepräsentanzen und Auslandsbüros der Landesregierung bieten Unternehmen in diesen Zielmärkten wertvolle Anlaufstellen und Informationsquellen. Diversifizierungsentscheidungen obliegen aber letztlich den im internationalen Rahmen agierenden Unternehmen.

4. für wie wahrscheinlich sie es hält, dass die Volksrepublik China in den kommenden Jahren eine militärische Zwangsvereinigung mit Taiwan in Form eines Angriffskriegs durchführt;

Zu 4.:

Hierzu liegen der Landesregierung, über die öffentlich verfügbaren Informationen hinaus, keine spezifischen Informationen vor. Die Landesregierung steht aber grundsätzlich in engem Austausch mit der Bundesregierung.

5. inwiefern sich die Landesregierung gegenüber der Bundesregierung oder der Europäischen Kommission einbringen würde, wenn es um mögliche Reaktionen auf einen solchen Krieg geht und dort die Interessen und Bedarfe Baden-Württembergs darstellt bzw. welche Meinung sie vertreten würde, wenn sie direkt konsultiert werden würde;

Zu 5.:

Die Landesregierung würde sich in angemessener und der ihr möglichen Art und Weise auf allen politischen Ebenen, sei es im direkten Kontakt, im Rahmen der Wirtschaftsministerkonferenz oder bei eigenen Veranstaltungen wie dem Wirtschaftsgipfel Baden-Württemberg – EU, für die Interessen des Landes und für die Bedarfe der baden-württembergischen Unternehmen einsetzen.

6. für wie wahrscheinlich sie es hält, dass es als Reaktion darauf zu einem Erliegen oder zumindest massiver Einschränkung des Handels zwischen Baden-Württemberg und China sowie der (Zwangs-)Enteignung baden-württembergischer Firmen in China kommt;

7. welche Konsequenzen dies für die Wirtschaft in Baden-Württemberg hätte, beispielsweise hinsichtlich des Wirtschaftswachstums, Steuereinnahmen, Arbeitsplätzen, etc.;

Zu 6. und 7.:

Zu den Ziffern 6 und 7 wird aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam Stellung genommen.

Ein Krieg zwischen China und Taiwan wäre voraussichtlich mit erheblichen Auswirkungen auf den Handel mit China und der gesamten Wirtschaftsregion verbunden. Die konkrete Schätzung und Bewertung möglicher Auswirkungen eines solchen Krieges auf das Wirtschaftswachstum, die Steuereinnahmen und die Arbeitsplätze in Baden-Württemberg sind zum jetzigen Zeitpunkt allerdings nicht seriös möglich.

Indizien für mögliche (Zwangs-)Enteignungen baden-württembergischer Firmen in einem solchen Falle liegen der Landesregierung nicht vor.

8. welche Auswirkungen der Wegfall von Exporten von Taiwan nach Europa und insbesondere nach Baden-Württemberg aufgrund eines Krieges oder einer Blockade der Insel für die Wirtschaft in Baden-Württemberg hätte;

Zu 8.:

Zur Bedeutung Taiwans als Handelspartner für Baden-Württemberg wird auf die Stellungnahme der Landesregierung in Drucksache 17/5985 verwiesen.

9. inwiefern sie Möglichkeiten sieht, die globalen Auswirkungen eines Krieges in Ostasien – denkbar erscheint hier ein totaler Zusammenbruch der Lieferketten, Einsatz von Ressourcenlieferungen wie Rohstoffe als strategisches Instrument, Umleitungen von Ressourcen in die Kriegsproduktion, Einschränkung des globalen Personen- und Warenverkehrs, etc. – und dessen Auswirkungen auf Baden-Württemberg auch nur ansatzweise kompensieren zu können;

Zu 9.:

Solcherlei Worst-Case-Szenarien lassen sich nur schwer belastbar einschätzen.

Einer Analyse von „Bloomberg Economics“ vom Januar 2024 zufolge (Quelle: finanzmarktwelt), könnte infolge eines Krieges zwischen China und Taiwan das globale Bruttoinlandsprodukt beispielsweise um circa 10 Prozentpunkte sinken.

Welche Auswirkungen ein solches Szenario wiederum auf Baden-Württemberg hätte, lässt sich nicht belastbar beziffern.

Die Landesregierung von Baden-Württemberg setzt sich daher im Rahmen ihrer Europa- und Außenwirtschaftspolitik konsequent für eine resiliente Wirtschafts- und Handelspolitik ein.

10. inwiefern sie bereits heute Maßnahmen, insbesondere auch gegenüber den Unternehmen in Baden-Württemberg ergreift, um sich und die Unternehmen auf ein solches Szenario der Ziffern 4, 6, 8 und 9 vorzubereiten;

Zu 10.:

Die Landesregierung verweist hierzu auf die Stellungnahme zu Ziffer 3.

11. inwiefern sie bereit wäre, im Falle eines solches Szenario der Ziffern 4, 6, 8 und 9 die Unternehmen mit (finanziellen) Förderungen zu unterstützen;

Zu 11.:

In Krisenfällen wird die Landesregierung stets in Abstimmung mit der Bundesebene prüfen, ob – im Rahmen ihrer finanziellen Möglichkeiten – auch gezielte landesseitige Maßnahmen für durch die Krise besonders betroffene Unternehmen infrage kommen.

12. inwiefern sie die Kernaussagen der China-Strategie des Bundes (unter anderem Klassifizierung von China auch als strategischen Rivalen, Ziel der Schaffung fairer Wettbewerbsbedingungen [level-playing field] für deutsche Unternehmen in China, Erhöhung der ökonomischen Resilienz und Diversifizierung der Wirtschaftsbeziehungen, De-Risking) teilt und welche Konsequenzen sie daraus für ihr eigenes Handeln sowie für die Unternehmen in Baden-Württemberg zieht;

Zu 12.:

Die Landesregierung unterstützt die Forderungen des Bundes nach fairen und gleichberechtigten Wettbewerbsbedingungen für deutsche Unternehmen in China. Die Rolle Chinas hat sich in den letzten Jahren auch aus Sicht der Landesregierung deutlich gewandelt. China ist nach wie vor ein wichtiger Handelspartner. Chinesische Unternehmen sind heute aber zugleich auch Mitbewerber in wirtschaftlichen Schlüsselbranchen des Landes und auf nahezu allen globalen Märkten.

Die Landesregierung spricht sich daher ebenfalls für eine Erhöhung der ökonomischen Resilienz und Diversifizierung der Wirtschaftsbeziehungen der heimischen Unternehmen aus. Das damit verbundene „De-Risking“ liegt insoweit im wirtschaftspolitischen und strategischen Interesse der Unternehmen und des Landes.

13. was die (bisherigen) Ergebnisse der Arbeitsgruppe zu den Leitlinien für eine Zusammenarbeit mit der Asien-Pazifik-Region sowie den bisher dazu durchgeführten Workshops sind;

14. wann endlich mit welchen Inhalten die angekündigte Ostasien-Strategie der Landesregierung veröffentlicht werden wird;

Zu 13. und 14.:

Zu den Ziffern 13 und 14 wird aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam Stellung genommen.

Zur Erarbeitung von Asien-Pazifik-Leitlinien wurde ein breiter Stakeholderprozess durchgeführt, begleitet durch das Mercator Institute for China Studies (mercics). Ausgehend von der Auftaktkonferenz am 1. Dezember 2023 wurden vier Workshops und mehrere Dialogrunden zu den Themen Wirtschaft, Wissenschaft, Klimaschutz, neue Mobilität, Umwelt- und Energietechnologien, Asien- und China-kompetenz sowie kommunale Zusammenarbeit durchgeführt.

Auf dieser Basis erarbeitet derzeit eine Arbeitsgruppe mit den betroffenen Ressorts – Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus, Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst, Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft, Ministerium für Kultus, Jugend und Sport und Ministerium für Verkehr – unter der Federführung des Staatsministeriums den Text der Leitlinien, der dem Ministerrat zu gegebener Zeit vorgelegt wird.

Inhaltlich zielen die Asien-Pazifik-Leitlinien darauf ab, die langjährigen Beziehungen zu China zukunftsgerichtet zu pflegen und zu gestalten und gleichzeitig die Diversifizierung zu fördern, um Chancen und Risiken im Asien-Pazifik-Raum gerecht zu werden. Auf der Basis des Stakeholder-Prozesses werden sich die Leitlinien insbesondere auf die Handlungsfelder Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Bildung sowie Kompetenzen, Netzwerke, Internationalisierung, Standortförderung und Präsenz vor Ort konzentrieren.

Die Landesregierung baut entsprechend ihr Engagement im Asien-Pazifik-Raum gezielt aus, beispielsweise mit der Eröffnung eines Auslandsbüros in Singapur für den ASEAN-Raum in diesem Jahr. Auch die kürzlich durchgeführte Wirtschaftsdelegationsreise nach Malaysia und Thailand unter Leitung von Frau Ministerin Dr. Hoffmeister-Kraut MdL leistete einen wichtigen Beitrag. Im Übrigen wird auf die Stellungnahme des Staatsministeriums in Drucksache 17/2409 verwiesen.

15. inwiefern die angekündigte Ostasien-Strategie der Landesregierung Analysen (bspw. ein Stress-Test zu den Auswirkungen eines Handelseinbruchs mit China und/oder Taiwan auf Baden-Württemberg), Hinweise oder Maßnahmen enthält, die Baden-Württemberg auf einen möglichen Krieg in Ostasien vorbereiten.

Zu 15.:

Die Landesregierung verweist hierzu auf die Stellungnahme zu den Ziffern 4 und 9.

Dr. Hoffmeister-Kraut
Ministerin für Wirtschaft,
Arbeit und Tourismus